

Revolution und Katholizismus in Preußen 1848

Wenn wir der Frage nachgehen, ob das Jahr 1848 als Geburtsstunde des deutschen Katholizismus zu betrachten sei, und dies im folgenden unter der Perspektive der Revolution in Preußen geschehen soll, stellt sich zunächst das Problem der Methodik. Klarheit muß vor allem über den gesuchten Gegenstand herrschen: Gelegentlich wird als ›Katholizismus‹ die historisch kontingente Erscheinungsform des Christentums katholischer Konfession im allgemeinen bezeichnet, speziell aber im Zusammenhang mit dem Datum 1848 ist zumeist an ein von Laien getragenes Gefüge von Organisationsstrukturen und entsprechender Kultur gedacht, das gewissermaßen um die Kirche als sakrale Institution herum im 19. Jahrhundert in den gesellschaftlichen Raum hinausgriff.

Die Frage zielt also darauf ab, ob 1848 eine Art Quantensprung in der Vergesellschaftungsform der Katholiken festzustellen ist. Um dieser Frage nachzugehen, können wir den Blick nicht nur auf das Jahr 1848 lenken. Vielmehr muß ein Längsschnitt durch das 19. Jahrhundert gezogen werden, der den strukturellen und kulturellen Wandel der Lebensweise der Katholiken beschreibt, um dann das Jahr 1848 und seine Qualität (als ›Geburtsstunde‹) in diesem Bogen verorten zu können¹.

1. Vormärz

Die Ausgangslage ist klar: Während der Napoleonischen Kriege vereinte die aufstrebende Großmacht Preußen erstmals zahlreiche katholische Territorien unter ihrer Herrschaft. Für die meisten Katholiken bedeutete dies zunächst keinen nachhaltigen Eingriff in ihr Alltagsleben. In den Kanzleien und Generalvikariaten drängten jedoch die ungeklärten Probleme der Reorganisation der Kirche sowie ihrer künftigen Beziehung zum Staat. Daß sich das Königreich Preußen nicht als religiös neutralen Staat verstand, ist bekannt, gleichwohl wollte man in Berlin die neuen Provinzen nicht unterjochen, sondern behutsam in den neuen Staat integrieren². Umgekehrt stand auf

1 Zur Orientierung liegen folgende Gesamtdarstellungen der Regionalgeschichte vor: Franz PETRI/Max BRAUBACH/Karl-Georg FABER/Horst LADEMACHER, *Neuzeit (Rheinische Geschichte 2)*, Düsseldorf 1976. – Das 19. und das 20. Jahrhundert. Politik und Kultur, hg. v. Wilhelm KOHL (*Westfälische Geschichte 2*), Düsseldorf 1983. – Eduard HEGEL, *Das Erzbistum Köln. Zwischen der Restauration des 19. Jahrhunderts und der Restauration des 20. Jahrhunderts (1815–1962)* (*Geschichte des Erzbistums Köln 5*), Köln 1987. – Hans Jürgen BRANDT/Karl HENGST, *Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter 1821–1930* (*Geschichte des Erzbistums Paderborn 3*), Paderborn 1997. – Wilhelm DAMBERG, *Moderne und Milieu 1802–1998* (*Geschichte des Bistums Münster 5*), Münster 1998. – Jonathan SPERBER, *Popular Catholicism in Nineteenth-Century-Germany*, Princeton 1984.

2 Vgl. dazu die Beiträge in: *Westfalen und Preußen. Integration und Regionalismus*, hg. v. Karl TEPPE/Michael EPKENHANS, Paderborn 1991, bes. Jochen-Christoph KAISER, *Konfession und*

katholischer Seite niemals zur Debatte, daß man den neuen Herren gegenüber nicht nur zur Loyalität verpflichtet, sondern auch für die Kirche als Institution ein Zusammenwirken mit dem Staat anzustreben war. Freilich waren die Rechtssysteme, in denen man dachte, weit voneinander entfernt. Ein katholischer Konfessionsstaat war nicht einfach in das Preußische Allgemeine Landrecht von 1794 umzugießen, das nach wie vor das absolutistische *Jus circa sacra* fortschrieb.

Von dieser Ausgangslage her setzten die Verhandlungen ein, die 1821 zur neuen Zirkumskription und Dotation der Bistümer führten. Auf dieser Grundlage machte die preußische Integrationspolitik beträchtliche Fortschritte und hätte zweifellos noch weitere Erfolge erzielt, wenn sie nicht bekanntlich mit dem von ihr ausgehenden Vorschlag – das ist zu betonen! –, den münsterländischen Adligen Clemens August v. Droste Vischering zum Erzbischof von Köln (1835–1845) zu ernennen, eine für die preußische Politik katastrophale Fehlentscheidung getroffen hätte, da sie zugleich in der Ehefrage den Bogen überspannte und so die bekannte Eskalation des Kölner Ereignisses von 1837 auslöste³.

Hier liegt in Preußen eine echte Gezeitenwende vor: Die Regierung, die rasch erkannte, daß sie vor dem Scherbenhaufen jahrzehntelanger Assimilationspolitik stand, und nun fürchtete, daß ein revolutionärer Funke aus Frankreich oder Belgien überspringen könne, beeilte sich, Schadensbegrenzung zu üben. Die Kirchengaufsicht wurde Schritt für Schritt zurückgenommen: Vorab in der Ehefrage, bei Zensur und Placet. Im Ergebnis war die Kirche Mitte der 40er Jahre ausgerechnet in Preußen besser gestellt als in vielen anderen deutschen Staaten.

Und der durch den Rückzug des Staates entstandene Spielraum wurde sogleich genutzt: Im Bistum Münster z.B. zog eine engagierte Gruppe von Klerikern die Initiative an sich und entfaltete neuartige Aktivitäten: Von Exerzitienkursen für den Klerus, deren Ausweitung zu Volksmissionen seit 1846 geplant wurde⁴, über die Presse (1842 erschien das erste »Sonntagsblatt für katholische Christen«, das in Preußen zum wichtigen Sprachrohr der neuen Bewegung wurde) bis hin zur Gründung von Krankenpflegegenossenschaften wie den sog. Vorsehungsschwestern (1841) und die Mauritzer Franziskanerinnen (1844).

In diesen Jahren erfolgte aber nicht nur eine kirchenpolitische Wende, sondern auch das soziale Umfeld der Katholiken in den preußischen Westprovinzen begann sich jetzt erstmals zu wandeln. Erstens veränderten die preußischen Agrarreformen die jahrhundertalten Sozial- und Wirtschaftsformen. Insbesondere die Teilung der Allmenden führte zu einer fortschreitenden Verarmung der dörflichen Unterschichten. Zweitens geriet gleichzeitig die am Niederrhein und in Westfalen wichtige Weberei, die gerade von diesen Bevölkerungsgruppen als Nebenerwerb betrieben wurde, durch industriell gefertigte britische Importe in einen unaufhaltsamen Niedergang. So lebte in den 30er und 40er Jahren ein wachsender Teil der Bevölkerung am Rande des Existenzminimums. In den am stärksten betroffenen Teilen des Münsterlandes kam es zu beträchtlichen Auswanderungsbewegungen. Die preußische Regierung suchte dieser Krise durch den Ausbau der kommunalen Armenfürsorge, aber auch die Begünstigung privater oder

Provinz. Problemfelder der preußischen Kirchenpolitik in Westfalen (268–287).

³ Vgl. die umfängliche Darstellung und Dokumentation bei: Friedrich KEINEMANN, Das Kölner Ereignis, sein Widerhall in der Rheinprovinz und in Westfalen, Teil I–III, Münster/Hamm 1974/1986.

⁴ Auf diese Anfänge verweist: Erwin GATZ, Rheinische Volksmission im 19. Jahrhundert. Dargestellt am Beispiel des Erzbistums Köln. Ein Beitrag zur Geschichte der Seelsorge im Zeitalter der katholischen Bewegung, Düsseldorf 1963, 52–61.

kirchlicher Vereinsgründungen beizukommen, was sich zur kirchenpolitischen Wende gut fügte.

Und in der Tat: In dem Maße, wie die Öffentlichkeit in den 40er Jahren die Misere des Pauperismus diskutierte, umso mehr gewann allgemein der Assoziationsgedanke als »universell einsetzbare Organisationsform zur Behebung der Armut« an Bedeutung⁵. In Westfalen setzten etwa die Protestanten, reformerische Liberale, Frühsozialisten und auch Katholiken allesamt seit den 40er Jahren verstärkt auf diese Karte: So hieß es z.B. 1943 im »Intelligenz-Blatt für die Kreise Siegen und Wittgenstein«: *Unsere Zeit ist eine Zeit der Vereine. Ueberall bilden sich Associationen der verschiedensten Art. Es geht daraus unverkennbar hervor, daß man allgemein mehr und mehr zu der Ueberzeugung gelangt, wie es vereinten, treu zusammenhaltenden Kräften eher gelingen kann, etwa Großes und Dauerndes in der Welt hervorzurufen und zu entwickeln [...]. Viele dieser Vereine, so verschieden sie auch dem Namen nach sein mögen, haben doch etwas Gemeinschaftliches in ihrer Tendenz. Sie wollen nämlich Beförderer einer größeren allgemeinen Wohlfahrt werden – die einen mehr in materieller, die andern mehr in geistiger, moralischer Beziehung. Alle aber sind durch das Bedürfniß der Zeit hervorgerufen [...]*⁶. Auffallend ist, daß die Katholiken insgesamt bei den Vereinsgründungen der 40er Jahre im Rückstand sind: Sie konzentrierten sich im Paderborner Land, nicht jedoch im Münsterland, obwohl sich auch hier die soziale Lage zusehends verschärfte⁷.

2. Revolution

Als sich Ende Februar 1848 die Kunde von der Revolution in Frankreich verbreitete, vollzog sich die Reaktion auf diese Ereignisse in den katholischen Westprovinzen Preußens in sehr unterschiedlichen Formen. Repgen hat beschrieben, wie das Rheinland gegenüber den südwestdeutschen Staaten verzögert und wenig entschieden auf die Nachricht von dem Pariser Umsturz reagierte⁸ – dieses Süd-Nord Gefälle gilt aber noch einmal für das Verhältnis vom rheinischen zum westfälischen Katholizismus!

Den Auftakt bildete im Rheinland am 3. März 1848 die Versammlung einer Volksmenge vor dem Kölner Rathaus, die unter Führung des Armenarztes Gottschalk dem Stadtrat verschiedene politische und soziale Forderungen präsentierte, u.a. nach dem allgemeinen Wahlrecht. Schon der bloße Aufmarsch von Militär zerstreute den Auflauf, aber das rheinische liberale Bürgertum, das mit Furcht auf die kleinbürgerlichen und proletarischen Unterschichten sah, kam zu der Einsicht, daß es politischer Reformen bedurfte, um den *Wühlereien der Kommunistencliquen* vorbeugen zu können, wie es in einem zeitgenössischen Schreiben hieß⁹. Zu diesem Zweck formulierte man im Laufe des März zahlreiche Petitionen, hinter denen aber keinesfalls der Wille zum Umsturz der politischen Machtverhältnisse stand. Erst nach politisch ungesteuerten, gewalttätigen Ausschreitungen gegen Fabrikanten und Fabrikanlagen in den protestantischen Indu-

5 Ursula KREY, Realität einer Illusion: Gesellschaftliche Spannungen und das Vereinswesen in Westfalen zwischen 1840 und 1854, in: WF 39, 1989, 30f.

6 Zit. n. KREY, Realität (wie Anm. 5), 49, Anm. 84.

7 Vgl. dazu: DIES., Vereine in Westfalen 1840–1855. Strukturwandel, soziale Spannungen, kulturelle Entfaltungen, Paderborn 1993, Karten 1, 6 und 7 sowie Graphik 6.

8 Konrad REPGEN, Märzbewegungen und Maiwahlen des Revolutionsjahres 1848 im Rheinland, Bonn 1955, 29.

9 Zit. n. REPGEN, Märzbewegungen (wie Anm. 8), 16.

striebezirken von Solingen-Elberfeld, Mülheim an der Ruhr und Krefeld setzte sich bei den führenden Kölner Liberalen die Einsicht durch, daß an einem allgemeinen Wahlrecht kein Weg vorbeiführe¹⁰. Nachdem die Wahlen zur Nationalversammlung ausgeschrieben worden waren, formulierten sie ihre politische Position im sog. Programm des Zentralkomitees vom 12. April 1848, das z.B. neben der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung aller Staatsbürger auch die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat forderte, also liberale und kirchliche Desiderate kombinierte.

Gleichzeitig übernahm aber auch Erzbischof Johannes Geissel (1845–1864) die Initiative. Er erschien persönlich auf einer Tagung des Borromäus-Vereins in Bonn, die sich mit der Gründung einer katholischen Tageszeitung befaßte, und machte deutlich, daß er mit seiner bisherigen Zurückhaltung gebrochen hatte und »gewillt war, die Kirche mit den Mitteln des parlamentarischen Systems vom staatlichen Kirchenregiment zu befreien«¹¹. Unter Beteiligung der Anwesenden kam es am 15. April zur Formulierung eines weiteren Kölner Wahlprogramms, das von einem »Katholischen Wahl-Komitee« unterzeichnet wurde und sich dadurch auszeichnete, daß es die Forderungen betreffend die Kirche wesentlich differenzierter umschrieb. Zusätzlich fanden sich in diesem Programm soziale Forderungen, die das Zentral-Programm nicht kannte, nämlich eine Anpassung des Fabrikwesens an die Zeitumstände, den Schutz von Arbeitslosen sowie den Schutz von Auswanderern. So war bereits in diesem Programm gegenüber den Liberalen die doppelte, Kirchenfreiheit und soziales Engagement verbindende, Stoßrichtung der ultramontanen Bewegung formuliert.

In den folgenden Wahlen gab es noch keine bewußten Parteientscheidungen in unserem Sinne – vielmehr handelte es sich um Persönlichkeitswahlen, und es zeigte sich, daß die Wähler insbesondere der kleinen und mittleren katholischen Ortschaften des Rheinlandes eben in den Klerikern quasi ex officio ihre Sprecher sahen. Folglich stellten sie in beträchtlichem Umfang Wahlmänner und Abgeordnete. Die Maiwahlen wurden so zu einem großen Triumph der katholischen Kandidaten. Was ihre politischen und kirchlichen Positionen waren, ist nur für den Einzelfall zu beantworten, gemeinsam war ihnen jedoch eine Ablehnung der demokratischen Republik und die Forderung nach einer konstitutionellen Monarchie. Über das Verhältnis von Liberalen und Katholiken ist viel gerätselt worden, und neuerlich hat Mergel unter Verweis auf die intensiviertere biographische Erforschung der rheinischen Städteliten gegen die ältere Katholizismusforschung überhaupt betont, daß die Wahlen von 1848 mindestens in den Städten »kein Sieg des »politischen Katholizismus« waren, sondern ein »Sieg des bürgerlichen Klassenbewußtseins«. Auch er vermerkt aber, daß dies nicht auf dem Lande galt, wo der Klerus »für andere Entscheidungskriterien« gesorgt habe¹². Es gab hier eben kein selbständig agierendes Bürgertum, und die Wahlen fanden oft in der Kirche im Anschluß an den Gottesdienst statt, nachdem der Pfarrer kurz in die Bedeutung der Wahl eingeführt hatte.

Auch in den katholischen Regionen Westfalens kam es nach dem Bekanntwerden der Unruhen in Berlin zu Gewalttätigkeiten, und zwar nicht zufällig in den Landkreisen, die seit Jahren am schwersten unter der Wirtschaftskrise litten. Der Unmut entlud sich gegen einzelne Adlige, deren Anwesen geplündert wurden. In Münster – damals mit rund 30000 Einwohnern die größte Stadt der Provinz – kam es am 19. März 1848 zu

10 Ebd., 100.

11 Ebd., 185.

12 Thomas MERGEL, *Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914* (Bürgertum 9), Göttingen 1994, 139.

Tumulten, als einige Hundert Menschen vor dem Rathaus gegen eine Verbrauchssteuer protestierten, die die unteren Bevölkerungsschichten besonders belastete. Freilich beruhigte sich die Lage auch hier sofort, als eine Husarenschwadron auf der Bildfläche erschien, und sogleich bildete sich nach dem Vorbild anderer Städte eine Bürgerwehr, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Dem folgte eine Bekanntmachung des Magistrats zur *Verhütung ähnlichen Straßenunfugs, als solcher gestern abend statt gefunden hat*, in der Hausväter, Lehrer und Meister aufgefordert wurden, ihre Untergebenen über die nachteiligen Folgen solcher Störungen der öffentlichen Ruhe zu belehren und darauf zu achten, daß sie sich nicht unnötig auf den Straßen aufhielten¹³. Offenkundig war im münsterischen Bürgertum kein Fünkchen revolutionären Geistes auszumachen, zumal auch Bischof Johann Georg Müller (1847–1870) am 21. und nochmals am 23. März 1848 die Gläubigen dazu aufrief, Ruhe und Ordnung zu bewahren¹⁴. Das wirkte, und der preußische Oberpräsident berichtete Anfang April von der *durch keine Erschütterung gestörten Fortdauer des ehrenhaften und biederen Sinnes der Westfalen*. Der Magistrat konstatierte, die Bevölkerung sei infolge der Nachrichten aus ganz Europa *ob all der Wunder erstaunt*, Bürger und Militär lebten aber *in bester Harmonie und ernstliche Ruhebestörung haben wir wohl nicht zu befürchten, wenn sie uns nicht von außen kommt*. Münster galt auch auswärts als so ruhig und sicher, daß die Frau des Generals v. Radowitz daran dachte, für den Fall einer Flucht aus Karlsruhe nach Münster zu ziehen¹⁵.

Das »Sonntagsblatt für katholische Christen« hatte inzwischen theologisch Position bezogen: *Die Kirche mißbilliget entschieden jede Revolution ohne Ausnahme, mißbilliget jeden positiven Widerstand gegen die herrschende Gewalt, billiget allein den passiven, den des Duldens und der Nothwehr innerhalb der gesetzlichen Grenzen; allein sie nimmt den Erfolg der Revolution als eine unter Gottes providentieller Leitung zu Stande gekommene Thatsache hin, und weiß sich in die neue Lage der Dinge zu fügen und in ihr sich zurecht zu finden*. Insofern ihr *freie, ungehinderte Entfaltung und Entwicklung des in ihr wohnenden reichen Lebens nach allen seinen möglichen Gestalten und Formen, freie, ungehinderte Thätigkeit für das ewige Heil der Menschen nach allen Richtungen hin* gewährt werde, *verträgt sie sich mit jeder Regierungsform und Verfassungsart*¹⁶.

Nach der Ankündigung der Wahlen bildeten sich auch hier Wahlkomitees, wobei sich aber – anders als im Rheinland – keine Gemengelage von liberalen und kirchlichen Strömungen ausmachen läßt, sondern ein einziger »Katholischer Verein« die Lage beherrschte, in dem sich Katholiken aus fast allen gesellschaftlichen Schichten vom Handwerker über den Angestellten bis hin zum Großbürger und Adligen mitsamt einigen Klerikern zusammenfanden. Ein Aufruf vom 13. April 1848 betonte, daß wahre Freiheit mit dem Sinn für Ordnung und Recht gepaart sein müsse, worüber *leider [...] in*

13 Hans-Joachim BEHR, Zwischen Vormärz und Reichsgründung, in: Geschichte der Stadt Münster Bd.2, hg. v. Franz-Josef JAKOBI, Münster 1993, 98.

14 Abdruck: Sonntags-Blatt vom 2. April 1848, 250f.

15 BEHR, Zwischen Vormärz (wie Anm. 13), 99.

16 Sonntags-Blatt vom 19. März 1848, 205. Bestimmend für die grundsätzliche Verurteilung jedweder Revolution war zuletzt die Enzyklika »Mirari Vos« Gregors XVI. (1832) gewesen (Abdruck: Magnum Bullarium Romanum Continuatio. Tomus Decimus Primus, ND Graz 1964, 126–132; Übersetzung: Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau. Dokumente, hg. v. Emil MARMY, Freiburg/Schweiz 1945, 15–31). Zum Revolutionsverständnis vgl. auch: Bernhard SCHNEIDER, Katholiken auf die Barrikaden? Europäische Revolutionen und deutsche katholische Presse 1815–1848 (VKZG.B 84), Paderborn 1998.

manchen Regionen eine klare Anschauung zu vermissen sei¹⁷. Die Satzung enthielt überhaupt keine politischen Aussagen, sondern stellte dem Verein lediglich die Aufgabe, *die katholischen Interessen auf dem Gebiete der Politik und bei den verschiedenen Gestaltungen des politischen Lebens zu wahren und zu fördern*¹⁸.

Das gilt es im Unterschied zum Rheinland festzuhalten: Der münsterische Katholikenverein hat sich – wie die anderen westfälischen Piusvereine auch – niemals auf eine bestimmte Staatsform festgelegt¹⁹. Aber die allgemeine Absichtserklärung reichte völlig aus, zumal Bischof Müller zur Wahl christlich gesinnter Wahlmänner und Abgeordneter aufrief, und ein ›Konstitutioneller Verein‹ schon deshalb auf das Mißtrauen der Bevölkerung stieß, da sich hier überwiegend protestantische Bürger – unter anderem Beamte der nicht eben beliebten preußischen Bezirksregierung – organisierten.

So endeten die Wahlen nicht nur in der Stadt, sondern erst recht im gesamten Bistum Münster mit einem überwältigenden Sieg der überall von den Pius-Vereinen aufgestellten Kandidaten, wobei insbesondere – wie schon im Rheinland – die starke Präsenz des Klerus ins Auge fällt: Unter den 128 Wahlmännern im Kreis Münster-Warendorf für die deutsche Nationalversammlung waren 38 Geistliche. Entsprechend wurde auch Bischof Müller zum Abgeordneten gewählt, der sein Mandat allerdings schon bald wieder aufgab. Ein anderer Abgeordneter aus dem Münsterland war der Pfarrer von Hopsten und spätere Bischof von Mainz (1850–1877), Freiherr v. Ketteler²⁰.

Das von den Petitionen der Vereine sekundierte politische Agieren der katholischen Abgeordneten in Frankfurt ist hier nicht weiter zu verfolgen. In der preußischen Nationalversammlung gab es keine förmliche Fraktion der Katholiken oder einen der Paulskirche entsprechenden ›Klub‹, wengleich sich die Katholiken wiederholt zu Beratungen bei Erzbischof Geissel trafen, der ja ebenfalls ein Abgeordnetenmandat übernommen hatte²¹. In der politischen Praxis jedoch agierten die Katholiken gemeinsam mit den konstitutionell-monarchisch ausgerichteten Liberalen, wie sich bereits am 9. Juni 1848 zeigte, als ein Antrag auf *Anerkennung der Revolution* sowie der Verdienste der *Kämpfer des 18. und 19. März*, der faktisch auf die Anerkennung der Volkssouveränität abzielte, mit den katholischen Stimmen knapp, aber richtungweisend verworfen wurde. Aufgabe der Versammlung sei es vielmehr, so hieß es in dem von den Katholiken unterstützten Gegenantrag, zusammen mit der Krone eine Verfassung zu vereinbaren. Insgesamt konzentrierten sich die Katholiken entsprechend auf dem rechten Flügel der Nationalversammlung²². Tiefgreifende Differenzen zwischen liberalen und katholischen Positionen waren bei der Arbeit an der Verfassung nicht festzustellen, da man sich einig war, daß die Verfassung Schutz vor monarchischer Willkür, aber vor allem auch gegen den demokratischen Radikalismus bieten sollte²³. Im Herbst 1848 jedoch stellte sich die

17 Sonntags-Blatt vom 13. April 1848, 289.

18 Abdruck der Statuten: Ernst HEINEN, *Katholizismus und Gesellschaft. Das katholische Vereinswesen zwischen Revolution und Reaktion (1848/49–1953/54)*, Idstein 1993, 82ff., hier: 82.

19 Gottfried HUPERZ, *Die Anfänge katholisch-politischer Vereinsbildung in Westfalen. Ein Beitrag zur Geschichte der katholisch-politischen Bewegung in Deutschland in den Jahren 1848 und 1849*, Münster 1927, 57, Anm. 5.

20 Zu den Wahlen vgl. Bernd HAUNFELDER, *Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Münster 1848–1867*, Münster 1982.

21 Herbert HÖMIG, *Rheinische Katholiken und Liberale in den Auseinandersetzungen um die Preußische Verfassung unter besonderer Berücksichtigung der Kölner Presse. Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Parteien im 19. Jahrhundert*, Köln 1971, 31.

22 Ebd., 35–41.

23 So mit Blick auf die rheinischen Katholiken Horst LADEMACHER, *Die nördlichen Rheinlande*

Frage, wie man sich zur reaktionären Wende der Politik des Königs stellen sollte, die sich in der Ernennung des Generals Friedrich Wilhelm von Brandenburg (1792–1850) zum Ministerpräsidenten und in der Vertagung und Verlegung der Nationalversammlung in die Provinz nach Brandenburg sowie der militärischen Besetzung Berlins niederschlug. Tatsächlich schwenkten die katholischen Abgeordneten auf die Regierungslinie ein und folgten der Weisung des Königs, während die Linke der Nationalversammlung in Berlin blieb. Peter Reichensperger (1810–1892), der Kopf der rheinischen Katholiken, reiste sogar als Abgesandter der gleichgesinnten Abgeordneten nach Frankfurt, um dort in der Paulskirche für die Politik des preußischen Königs um Verständnis zu werben. Vollends schwenkte man auf die Regierungslinie ein, als die am 5. Dezember 1848 vom König oktroyierte Verfassung nicht nur die bisher in den Verhandlungen der Nationalversammlung erreichten kirchenpolitischen Forderungen der Katholiken fast vollständig enthielt, sondern sogar noch darüber hinaus ging, indem etwa der Begriff der Trennung von Staat und Kirche durch die Formel der Unabhängigkeit ersetzt worden war²⁴. Der Rückzug vom Jus in sacra des Landrechts, der nach dem Kölner Ereignis eingesetzt hatte, war in der Verfassung zum Abschluß gekommen. Dabei dürfte den westfälischen Abgeordneten der Mitvollzug der politischen Wende noch leichter gefallen sein als den Rheinländern, da sie ja ohnehin niemals einen besonderen verfassungspolitischen Ehrgeiz entwickelt hatten.

Freilich lassen sich zu diesem Zeitpunkt nun doch erste Symptome ausmachen, daß die Haltung der Abgeordneten nicht mehr unbedingt mit der Stimmung der Katholiken insgesamt übereinstimmte. So bestritt die in Köln erscheinende »Rheinische Volkshalle« das Recht des Königs zur Vertagung der Nationalversammlung, mußte dann aber eine entgegengesetzte Rechtfertigung Reichenspergers abdrucken, die dieser gegenüber niederrheinischen Wahlmännern abgelegt hatte, bei denen offenbar ebenfalls Irritationen bestanden. Auch in der »Rhein- und Mosel-Zeitung« waren Stimmen gegen die oktroyierte Verfassung laut geworden²⁵. Sogar in Münster geriet die instinktive Loyalität der Katholiken gegenüber Honoratioren und Klerus ins Wanken. Die Politisierung der Öffentlichkeit schritt auch hier voran, denn neben dem Katholischen Verein gab es im Herbst 1848 bereits vier andere Vereine, darunter gemäßigte und radikale Demokraten. Jeder dritte Wahlberechtigte hatte sich mittlerweile einem Verein angeschlossen. Vor allem die Demokraten mit ihrer kompromißlosen Ablehnung der königlichen Politik erhielten jetzt Auftrieb, und im Laufe einer Versammlung kam es sogar zu einem Zusammenstoß mit dem Militär, der einige Verletzte forderte. Die Verhaftung einiger Führer der Demokraten brachte ihrer Partei noch zusätzliche Sympathie.

Als politische Nagelprobe sollten sich die für Januar/Februar 1849 ausgeschriebenen Neuwahlen erweisen. In ihrem Vorfeld hielt sich Erzbischof Geissel, der nicht mehr kandidierte, mit seinem politischen Engagement augenfällig zurück und forderte nur einmal allgemein zur Wahl von gegenüber König, Volk und Staat loyal und gewissenhaft eingestellten Männern auf. Insgesamt entfalteten die rheinischen Katholiken kaum eine nennenswerte politische Aktivität. Klare Worte fand hingegen der Bischof von Münster in einem Schreiben an den Klerus vom 6. Januar 1849: Die Gläubigen seien zu warnen, *daß sie nicht auf jene hören, die da mit Mißachtung von König und Obrigkeit sprechen, die da immer das Wort Freiheit im Munde führen, darunter aber nur [...] Zü-*

von der Rheinprovinz bis zur Bildung des Landschaftsverbandes Rheinland (1815–1953), in: PETRI (u.a.), *Neuzeit* (wie Anm. 1), 533.

²⁴ Vgl. HÖMIG, *Rheinische Katholiken* (wie Anm. 21), 50, 83, 87.

²⁵ Ebd., 81f., 95.

gellosigkeit verstehen, die da Mißtrauen einflößen gegen die Diener jener Kirche, die stets als der Hort der wahren Freiheit sich erwiesen hat²⁶. Als sich die katholischen Vereine im Bistum Münster jedoch am 9./10. Januar versammelten²⁷, zeichnete sich Uneinigkeit darüber ab, ob sie überhaupt noch zeitgemäß seien. Die Forderung nach Kirchenfreiheit war ja erfüllt worden, und so erklärte der einflußreiche Kaplan Eduard Michelis, der frühere Sekretär des Erzbischofs von Köln Clemens August v. Droste, daß der Zweck der Vereine nur darin bestehe, das Volk durch die gegenwärtige gefährliche Krisis glücklich hindurchzuführen, und nach ihrer Überwindung das Bewußtsein genügen müsse, dem einen großen allgemeinen Vereine der Kirche anzugehören²⁸. Der Pfarrer und Abgeordnete v. Ketteler stellte jedoch den Antrag, den Vereinen nunmehr eine sozial-caritative Ausrichtung zu geben und sie insbesondere mit der Armenpflege zu betrauen – ein Anliegen, das sich nicht zuletzt den unmittelbaren Erfahrungen in seiner von der Textilkrise hart betroffenen Pfarrei verdankte. Diese Position wurde von der Mehrheit der Delegierten getragen, aber Michelis konnte verhindern, daß eine durchgängige Vereinsstruktur parallel zur Diözese entstand²⁹. Die Hauptfrage war jedoch, wie man sich zur oktroyierten Verfassung stellen solle, und in der Frage der Staatsform hatte der katholische Verein, wie wir gesehen haben, niemals Stellung bezogen. Kaplan Michelis zog hier auch weiterhin eine klare Linie gegen den »Demokratismus«: *Das möchte ich als die eigentliche Ketzerei unserer Tage bezeichnen, daß man uns vorweis machen will, uns mit [...] Staatsformen helfen zu wollen. Wir Katholiken [...] wollen daran festhalten, daß keine äußere Form, auch die beste uns nicht zu helfen vermag, wenn nicht Sittlichkeit und Religion unter uns herrschen*³⁰.

Der folgende Wahlaufuf appellierte denn auch an alle Westfalen, *Alles zur Ehre Gottes und zum Heile des Volkes!*. In den bevorstehenden Wahlen stehe Ruhe und Ordnung, Wohlfahrt und Religion auf dem Spiel, und deshalb sei die Wahl von braven Männern gefordert, die festhielten an der Religion. Konkrete politische Ziele wurden nicht formuliert, aber intensiv vor den Folgen der Wahl vermeintlicher Volksfreunde gewarnt. Umsturz, Gottlosigkeit, Angriffe auf die Kirche, Bürgerkrieg seien die Folge der schlechten Wahlen anderer Provinzen gewesen³¹.

Erstaunlich ist nun, wenn man die Wahlergebnisse des Vorjahres und auch die Wahlergebnisse späterer Jahrzehnte betrachtet, wie unbeeindruckt das katholische Volk von diesen Appellen blieb: Die Wahlen brachten einen erdrutschartigen Sieg der Demokraten – in Münster, in Westfalen, ja sogar im ländlichen Raum, wenn man von einigen Grenzkreisen absieht. Sogar in der Bischofsstadt Münster konnte sich von den Vertretern des Pius-Vereins niemand plazieren, und unter den 98 Wahlmännern fand sich nur noch ein Kleriker! *Selbst in Münster, dieser katholischen Stadt par excellence, ist mit einem Schlage der Einfluß der Geistlichen in politischen Dingen vernichtet*, schrieb das »Westfälische Wochenblatt«³². Auch im Rheinland zeigte sich im Ergebnis dasselbe

26 Abdruck: Sonntags-Blatt vom 14. Januar 1849, 25f.

27 Zum Folgenden vgl. die Berichterstattung in: Sonntags-Blatt vom 21. Januar, vom 28. Januar und vom 4. Februar 1849, 40–48, 81–88, 105–112.

28 Sonntags-Blatt vom 4. Februar 1849, 108.

29 Zur Einschätzung von Michelis' Bemühungen in dieser Versammlung vgl. Antonius LIEHDGENER, *Christentum und Urbanisierung. Katholiken und Protestanten in Münster und Bochum 1830–1933* (VKZG.B 77), Paderborn 1997, 130f.

30 Sonntags-Blatt vom 21. Januar 1849, 55.

31 Abdruck: DAMBERG, *Moderne* (wie Anm. 1), 83.

32 Zit. n. HUPERZ, *Anfänge* (wie Anm. 19), 86, Anm. 49.

Bild. Die Demokraten eroberten alle Städte außer Aachen und einigen Landkreisen der Eifel und des Niederrheins.

Nach dem Wahldebakel reflektierte der münsterische Klerus, ob nun über Nacht eine Welle der Säkularisierung über die Reihen der Gläubigen hereingebrochen sei³³. Schadensbegrenzung war geboten. Die Bevölkerung sei gespalten, besonders die Frauen und Mütter litten unter dem unkirchlichen Verhalten ihrer Männer und Söhne, hieß es im Sonntagsblatt. Aber trotz dieses Übels sei festzuhalten, daß nur eine augenblickliche Stimmung in den Wahlen ihren Ausdruck gefunden habe, nicht die innerste Gesinnung. Es gelte nun, den Irregeleiteten versöhnlich entgegenzutreten, vor allem den Armen und Unbemittelten. Dem Klerus und den Laien des Katholischen Vereins war offenbar nicht entgangen, daß sich insbesondere die wirtschaftlich schwächeren Gruppen am stärksten von ihrem politischen Kurs abgesetzt und so zugleich die Schwachstelle ihrer politischen und seelsorglichen Bemühungen aufgedeckt hatten: Der Einsatz für die Kirchenfreiheit hatte die soziale Frage aus dem Blickfeld geraten lassen, und nicht zufällig nahm das Sonntagsblatt nun eine Kurswende vor, indem es im April die berühmten Predigten Kettlers über *die großen sozialen Fragen der Gegenwart* im vollen Wortlaut abdruckte.

Gleichzeitig begann eine Grundsatz-Diskussion in den katholischen Vereinen. Vom 17. bis 20. April 1849 trafen sich Delegierte aus dem Rheinland und Westfalen in Bonn, um über die zukünftige Marschrouten zu beraten. Sollten sich die Vereine ganz allgemein mit Politik vom katholischen Standpunkte aus befassen, wie es die Delegierten aus Köln forderten, oder nur insofern, als sie *mit den kirchlichen und sozialen Zwecken der Piusvereine in direkter oder indirekter Verbindung stehen*, wie es dem Willen der Bonner Katholiken entsprach? Das Abstimmungsverhalten der Westfalen ist nicht überliefert, aber schließlich setzte sich der Antrag durch, es den Einzelvereinen zu überlassen, *inwiefern sie mit politischen Fragen sich befassen wollen*³⁴.

Welche Schwierigkeiten die Auseinandersetzung mit dieser Frage gerade auch den westfälischen Katholiken bereitete, ist dem Rechenschaftsbericht des münsterischen Vorstandsvorsitzenden, des Justizkommissars Fuesting, vom 5. Mai 1849 zu entnehmen: Politik biete für den, *der sich damit befassen muß, nur einen schmalen, gefahrvollen Weg. Und diese Bahn sei um so gefahrvoller [...], als wir nicht durch allmähliche Entwicklung unseres Staatenlebens politisch mündig geworden, sondern im Wege der Revolution politisch mündig erklärt sind. Einen Leitstern haben wir aber, der uns, wie in allen Verhältnissen des Lebens, so auch hier, nicht verläßt, die Religion, und deshalb ist uns in unseren Statuten aufgegeben, der Politik vom kath. Standpunkte zu folgen. Wir sollen also, wenn ich mich des Ausdrucks bedienen darf, katholische Politiker sein. Aber, werden Sie fragen, wer ist katholischer Politiker, der Anhänger der Republik, der absoluten Monarchie, der konstitutionellen Monarchie, der, welcher Großdeutschland oder Kleindeutschland will, oder wer sonst von den vielen Parteien, die sich jetzt gegenseitig bekämpfen? Welche von diesen Parteien sich auf katholischem Boden bewegt, weiß ich nicht; so viel aber weiß ich, daß sie es können. Keinen der Wünsche, welche die Parteien zu realisieren streben, verdammt unsere Kirche, aber manche Mittel verurteilt sie, welche zur Erreichung dieses Zieles angewendet werden. Aber wer solche verbotene Mittel anwendet, handelt nicht katholisch, er leidet an seiner Seele schaden. Dieses bei sich und anderen verhüten, heißt: der Politik vom katholischen Standpunkte aus folgen*³⁵.

33 Zum folgenden LIEDHEGENER, Christentum (wie Anm. 29), 133f.

34 HUPERZ, Anfänge (wie Anm. 19), 64f., Anm. 18, und HÖMIG, Rheinische Katholiken (wie Anm. 21), 133ff.

35 Sonntags-Blatt vom 13. Mai 1849, 382f.

Offener waren die politischen Orientierungsprobleme, denen sich die Führungselite des Vereins gegenüber sah, kaum zu formulieren. Selbst den Anhängern der im Vorjahr noch heftig gescholtenen Republik wurde nicht mehr bestritten, auf *katholischem Boden* zu stehen. Das Thema wurde sodann im Mai 1849 noch einmal auf die Tagesordnung der Generalversammlung der Katholischen Vereine zu Breslau gesetzt. Hier setzte sich die Bonner Linie auf ganzer Linie durch: *Die corporative Beteiligung der katholischen Vereine in rein politischen Fragen bleibt von den Vereinen ganz ausgeschlossen, und es bleibt jedem Vereinsmitgliede überlassen, welche politische Ansicht er zu seiner eigenen machen will. Die Versammlung warnt daher die Einzelvereine, auf unstatthafte Weise die politischen Fragen in den Kreis ihrer Wirksamkeit zu ziehen*³⁶. Hürten hat betont, daß mit dieser Breslauer Proklamation allgemeinpoltischer Abstinenz das Überleben katholischer Vereine in der Reaktionsepoche gesichert war³⁷. Parallel wurde in dieser Versammlung der Ausbau von Vereinigungen proklamiert, die den sozialen Raum im katholischen Geist gestalten sollten, wie dies auch schon Ketteler und die westfälischen Pius-Vereine gefordert hatten. Mit dieser sozialen Wendung, dem Ruf nach Vinzenzvereinen, Gesellenvereinen, Missionsvereinen und Standesvereinen, wird deshalb bekanntlich allgemein die Geburt des Laien-Katholizismus als abgeschlossen betrachtet.

Diese Wendung vollzog sich in Preußen praktisch parallel zum äußeren Ausklang der Revolutionsepoche, denn der Februar-Triumph der Demokraten sollte nur von kurzer Dauer sein. König Friedrich Wilhelm IV. (1840–1861) ließ wiederum Neuwahlen für Juli 1849 ausschreiben, wobei das bis 1918 gültige Drei-Klassen-Wahlrecht mit öffentlicher Stimmabgabe eingeführt wurde. Die Demokraten riefen jetzt zum Wahlboykott auf, was die katholischen Wählervereine neuerlich in eine schwierige Lage brachte. Ein Teil der Katholiken lehnte das neue Wahlrecht wie die Demokraten ab, ein anderer Teil war ihm nicht abgeneigt. Dementsprechend bot sich bald ein vielschichtiges Bild. Entsprechend dem Breslauer Beschluß, keine korporative politische Stellung zu beziehen, sprachen sich in Westfalen die Vertreter zum Beispiel der Pius-Vereine aus dem Kreis Recklinghausen, wo die Katholiken ihre demokratische Gesinnung am Jahrestag der Revolution nochmals durch Glockengeläut, eine Parade der Bürgerwehr und ein feierliches »Te Deum« demonstriert hatten, jetzt dafür aus, jedem Katholiken die Teilnahme an den Wahlen oder deren Boykott freizustellen³⁸. In Münster erklärte man hingegen, ein Boykott komme nicht in Frage. Auch Bischof Müller faßte allerdings keinen Wahl-Hirtenbrief ab. Ähnlich unterschiedlich war die Lage im Rheinland, wo die Pius-Vereine von Bonn und Trier für Stimmenthaltung votierten, also ihre Ablehnung demonstrierten. Die Wahlbeteiligung, die im Mai 1848 ca. 30–40% betragen haben dürfte, ging im Regierungsbezirk Münster mit 8,8% auf einen der niedrigsten Werte in der gesamten preußischen Monarchie zurück³⁹. Der Boykottaufruf der Demokraten, die faktische Unterstützung des Boykotts durch Geistliche und Pius-Vereine, die aus Verärgerung über das Wahlgesetz zwar nicht öffentlich zum Boykott, aber umgekehrt auch nicht zur Stimmabgabe mobilisierten, schließlich eine allgemeine Resignation wirkten

36 Abdruck u.a. in: Sonntags-Blatt vom 15. Juli 1849, 544.

37 Vgl. Heinz HÜRTE, Kurze Geschichte des deutschen Katholizismus 1800–1960, Mainz 1986, 104ff.

38 Theo KEMPER, Die katholische Kirche in Recklinghausen unter preußischer Herrschaft. Von der Säkularisation bis zum Ersten Weltkrieg, in: 1200 Jahre Christliche Gemeinde in Recklinghausen, hg. v. Georg MÖLLERS u. Richard VOIGT, Recklinghausen 1990, 174.

39 HAUNFELDER, Politische Wahlen (wie Anm. 20), 146f. (Wahlergebnisse: 152–174).

zusammen. Die gewählten Abgeordneten waren katholisch und *gouvernemental* eingestellt.

3. Reaktion

Politisch waren in Preußen die Würfel gefallen. Dies gilt es nicht weiter zu verfolgen. Für unsere Leitfrage stellt sich aber das Problem, was denn nun mit den Pius-Vereinen geschah, die – wie erwähnt – üblicherweise als Keimzelle des nun aufblühenden Laienkatholizismus gelten. Eine Antwort werde ich insbesondere aufgrund der Entwicklung in Westfalen und speziell im Bistum Münster zu geben versuchen, weil hier bereits verschiedene systematische Voruntersuchungen vorliegen. Betrachten wir zunächst Übersichten über die konfessionellen Vereinsgründungen nach 1850. Krey hat zwar vor dem Hintergrund des Gründungsschubs der Pius-Vereine von 1848 in den 1850er Jahren eine rückläufige Tendenz bei den Vereinsgründungen beobachtet⁴⁰, aber neuere Untersuchungen lassen erkennen, daß es in diesem Jahrzehnt dennoch zu einer weiteren Vergemeinschaftungswelle kam, und zwar von Kongregationen, die sich der religiösen Vervollkommnung der Mitglieder widmeten⁴¹. Diese Vereinigungen konstituierten sich aber gerade nicht als bürgerliche Vereine (wie sie von Krey untersucht wurden), sondern als rein kirchliche Vereine unter dem Vorsitz des jeweiligen Pfarrers. Darüber hinaus ist feststellbar, daß die Kongregationsform auch dort eingeführt wurde, wo es ältere Bruderschaften – also reine Laienvereine – gab, oder daß diese eine neue Satzung erhielten, die den Vorsitz des Pfarrers festschrieb⁴². Von einer Bewegung im Sinne eines *Laien-Katholizismus* wird man hier schwerlich sprechen können.

Die Entstehung dieser Kongregationen ging auf die Volksmissionen zurück, deren Abhaltung man schon vor der Revolution ins Auge gefaßt hatte, für die dann aber in Münster im November 1849 im Beisein des Bischofs der eigentliche Startschuß fiel. In den nächsten Jahrzehnten wurden diese Missionen in fast allen Pfarreien des Bistums durchgeführt, und zwar mit allseits wachsender Beliebtheit unter den Gläubigen. Liedhegener hat in seiner erwähnten Studie die Hintergründe subtil nachgezeichnet: Auch nach der gescheiterten Revolution war dem Klerus noch eine beträchtliche Verunsicherung anzumerken über das Wahldebakel im Frühjahr, als sich die Katholiken so einig dem politischen Votum ihrer bestellten Wortführer verweigert hatten. Wie tief ging dieser Riß, der ja nicht nur zwischen Klerus und Laien, sondern auch bis in die Familien hinein reichte? Der Erfolg der Missionen beruhte auch auf der – so Liedhegener – »kollektiven Selbstvergewisserung und Stabilisierung der hergebrachten Werte und Verhaltensweisen katholischer Lebensführung. Ihre Gültigkeit gegenüber den Erschütterungen der zurückliegenden Zeit wurde insbesondere durch die Standespredigten eindringlich beschworen und bestätigt. In der individuellen Aussöhnung mit Gott lag so auch eine Aussöhnung mit dem Nächsten, die durch ihre Massenhaftigkeit faktisch das

40 Vgl. KREY, Vereine (wie Anm. 7), Graphik 8.

41 Vgl. die Übersichten in: Christoph KÖSTERS, Katholische Verbände und moderne Gesellschaft. Organisationsgeschichte und Vereinskultur im Bistum Münster 1918 bis 1945, Paderborn 1995, 70f. (Abbildung 3a und 3b). – Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte, Münster: Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: WF 43, 1993, 633f. und Abb. 14.

42 SPERBER, Popular Catholicism (wie Anm. 1), 74–80.

Vertrauen der Gemeindemitglieder zueinander wieder stärken konnte, damit aber auch den Status Quo festigte«⁴³.

Und was wurde aus dem Aufruf Kettelers, den Piusvereinen eine soziale Ausrichtung zu geben? Wie schon die Statistik zeigt, ist dem Aufruf keine in die Breite wirkende Resonanz gefolgt. Tatsächlich stellten die Piusvereine im Bistum Münster ihre Aktivitäten nach 1850 praktisch ein, und nur der Hauptverein scheint trotz unpolitischer Tagesordnung faktisch weiterhin die wichtigen Absprachen vor den Landtagswahlen herbeigeführt zu haben⁴⁴.

Auf zwei Projekte ist freilich zu verweisen, die gleichwohl die soziale Stoßrichtung verfolgten: Die ersten Vinzenz-Konferenzen und die Gründung des Kolping-Vereins. Die erste Vinzenz-Konferenz im Bistum Münster wurde 1848 in der Bischofsstadt gegründet. Hier handelte es sich in der Tat um einen reinen Laienverein. Freilich sollte man etwas behutsam mit der Folgerung umgehen, hier einen sozialen Impuls des Revolutionsjahres zu erkennen. Bekanntlich war die erste Vinzenz-Konferenz bereits 1833 in Frankreich entstanden, und die Idee des Vereins fügte sich perfekt in den weit verbreiteten Typus des bürgerlichen Armenvereins der vierziger Jahre. Hinzu kam, daß das Motiv der Vereine in erster Linie die Ausbildung der christlichen Persönlichkeit war, und deshalb wandten sich die Mitglieder der Konferenzen caritativer Tätigkeit zu, indem sie persönlich die im Katechismus genannten Werke leiblicher und geistiger Barmherzigkeit auszuüben begannen. Ziel der Konferenzen war immer auch und vor allem das Seelenheil der Armen; materielle Hilfe wurde als Schlüssel zur erfolgreichen Missionierung gesehen⁴⁵. Die Vinzenzvereine waren also zunächst alles andere als Vereine zur Sozialreform im Sinne der Kettelerschen Appelle, wenngleich sie zweifellos einen wichtigen Beitrag dazu leisteten, daß die katholischen Eliten sich der sozialen Frage öffneten. Auch die katholischen Gesellenvereine wurzelten bekanntlich im sozialreformerischen Vereins-Klima der End-1840er Jahre. Die erste Satzung des Elberfelder Jünglingvereins stammte von 1846, wurde freilich in den folgenden Jahren unter Mitwirkung von Adolph Kolping (1813–1865) mehrfach überarbeitet. Beachtung muß hinsichtlich unserer Leitfrage die Tatsache finden, daß die Tendenz der Satzungsentwicklung insbesondere nach 1848 eben nicht in Richtung Selbstorganisation der Laien verlief, sondern umgekehrt auf eine Klerikalisierung, die den Mitgliedern das 1847 zugestandene Wahlrecht des Präses bis 1853 entzog und dessen Stellung immer weiter verstärkte. Immerhin faßte der Verein auf diese Weise in den 50er Jahren auch im Bistum Münster auf Dauer festen Fuß. Sicher handelte es sich hier um einen qualitativen Sprung, indem der Zusammenschluß katholischer Laien – wenngleich unter entscheidender Führung des Präses – im sozialen Raum sogleich eine beträchtliche Reichweite erzielte⁴⁶.

Fassen wir zusammen: Daß unmittelbar nach der Revolution von 1848 im sozialen Raum ein selbstorganisierter *Laien*-Katholizismus entstanden sei, wird man mindestens in Westfalen schwerlich nachweisen können. Ich greife etwas aus. Noch 1890 war im »Pastoralblatt der Diözese Münster« zu lesen, Kettelers Forderungen von 1848 seien leider *unverstanden verhallt*, ja noch vor wenigen Jahren einem *ungläubigen Lächeln*

43 LIEHHEGENER, Christentum (wie Anm. 29), 137.

44 Bernd HAUNFELDER, Zwischen Widerstand und Anpassung. Zur Rolle der Vereine und Wahlkomitees im politischen Leben des Regierungsbezirks Münster 1848–1866, in: WF 39, 1989, 224.

45 Zum Selbstverständnis des Vereins: Karl KIESEL, Der St. Vincenzverein, in: WWKL 12, 1910, 730–735.

46 Zur Frühgeschichte der Gesellenvereine jetzt: Heiner Johannes WIRTZ, Katholische Gesellenvereine und Kolpingsfamilien im Bistum Münster 1852–1960. »Gott zur Ehre und den Gesellen zum Vorteil«, Münster 1999, bes. 20–38.

begegnet. Erst jetzt wurde allgemein dazu aufgerufen, es solle das Vereinswesen allgemein als *Hilfsmittel [...] mit aller Entschiedenheit in den Dienst der guten Sache, oder was dasselbe ist, des Reiches Christi auf der Welt gestellt werden*⁴⁷. Aber auch diese Sicht vereinfachte die Sachlage sicherlich etwas. Zunächst ist festzustellen, daß die »soziale Frage«, auf die sich Kettlers Appelle bezogen hatten, im Laufe der 1850er Jahre an Schärfe verlor, denn das ländliche Elend entspannte sich nach dem industriellen Take-Off in Rheinland und Westfalen und Arbeitskraft wurde jetzt sogar Mangelware! Außerdem entwickelte sich ein quasi »professionalisierter« Ansatz zur Behebung der sozialen Probleme wesentlich schneller und effektiver als die Laienassoziationen, denn die neuen Ordensgemeinschaften, deren Aufschwung gleichfalls schon in den 40er Jahren begann, verfügten nach 1850 über größere Niederlassungsfreiheit und waren bald in jeder größeren Stadt, dann fast jeder Landgemeinde mit Krankenhäusern, Sozialstationen, Bewahrschulen usw. präsent⁴⁸.

4. Ergebnisse

Was bleibt also als Resümee zu der eingangs gestellten Leitfrage? War 1848 in Preußen das Geburtsjahr eines »Katholizismus«? Wenn wir mit dieser Frage auf den allgemeinen Prozeß der gesellschaftlichen Selbstorganisation der Katholiken über den Raum der sakralen Institution hinaus abheben, so begann dieser Prozeß in Preußen sicherlich schon um 1840, und zwar in dem Augenblick, als die Regierung in Berlin nach dem Kölner Ereignis ihre kirchenpolitische Kehrtwende vollzog und umgekehrt die Ultramontanen diesen Freiraum nutzten. Das den Assoziationen günstige Reform-Klima wurde freilich nur sehr begrenzt in Gestalt von Laienvereinen genutzt, sondern viel stärker in der gewissermaßen speziell katholischen Assoziations-Gestalt der neuen caritativen Ordens-Genossenschaften. Sozial-caritatives Handeln blieb unter den Katholiken vorläufig auf das engste mit einer regulierten Lebensform verknüpft. Die Initiative lag jedenfalls im Bistum Münster beim Klerus. 1848 erfolgte erstmals eine allgemeine, durch das Wahlrecht bedingte Mobilisierung der Laien zur politischen Wahrnehmung der kirchlichen Interessen. Dieser Vorgang fand jedoch ab 1849 keine Fortsetzung, da es einer solchen Mobilisierung nach dem Erlaß einer Verfassung, die die Kirchenfreiheit im Vergleich zu anderen Ländern beispielhaft garantiert hatte, sowie der Einführung des Drei-Klassen-Wahlrechts auch nicht mehr bedurfte. Ebensowenig kann aber die Rede davon sein, daß die politische Mobilisierung der Laien daraufhin in eine allgemeine soziale Aktivität im gesellschaftlichen Raum transformiert worden wäre, wie es unzweifelhaft von den Generalversammlungen der Katholiken proklamiert wurde. Festzustellen ist vielmehr der Zusammenschluß der Laien über Missionen und Kongregationen zur intensiven religiösen Verinnerlichung des Glaubens im Sinne ultramontaner Frömmigkeit. Die verstärkte katholische Präsenz im sozialen Raum beruhte – abgesehen von den Aktivitäten der Vinzenz-Konferenzen und der Gesellenvereine – weiterhin vor allem auf dem Engagement der neuen caritativen Ordens-Genossenschaften. Freilich ist dabei zu beachten,

47 Zit. n. DAMBERG, *Moderne* (wie Anm. 1), 176, 178.

48 Vgl. zu diesem Prozeß Meike WAGENER-ESSER, *Organisierte Barmherzigkeit und Seelenheil. Das caritative Sozialnetzwerk im Bistum Münster von 1803 bis zur Gründung des Diözesancharitasverbands 1916* (Münsteraner Theologische Abhandlungen 61), Altenberge 1999.

daß die Ordensgemeinschaften nur dort in Erscheinung treten konnten, wo die Katholiken in den Pfarreien die finanzielle Trägerschaft der Niederlassungen übernahmen⁴⁹.

Die Idee des sich im gesellschaftlichen Raum frei assoziierenden Laien war zwar 1848 geboren oder genauer: aus der vormärzlichen Assoziationsbewegung auf die Katholiken übertragen worden. Über die kurzfristige kirchenpolitische Mobilisierung hinaus sollte die praktische Umsetzung aber mindestens im Bistum Münster noch fast dreißig Jahre auf sich warten lassen. Erst die Begründung des Deutschen Reiches und sein allgemeines Wahlrecht machten wiederum, wie 1848, eine breite Mobilisierung sämtlicher Katholiken erforderlich, wobei dieser Impuls durch den Kulturkampf eine ungeahnte Verstärkung erfuhr, die dauerhaft fortwirkte. Zweitens aber beschleunigte sich zu eben diesem Zeitpunkt der Industrialisierungsprozeß mitsamt demographischer Explosion, Massenmigration und Urbanisierung. Erst angesichts von Pfarrgemeinden mit fünf-, ja zehntausend Gläubigen scheint sich dann das Programm der gesellschaftlichen Selbstorganisation endgültig als allgemeiner pastoraler Imperativ durchgesetzt zu haben – dann freilich so wirkmächtig, daß Karl Rohe die Integrationsleistung des in Vereinen und Verbänden organisierten Sozialkatholizismus an Rhein und Ruhr als eine der »bemerkenswertesten Erscheinungen der deutschen Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert« bezeichnen konnte⁵⁰.

49 Dazu exemplarisch WAGENER-ESSER, Organisierte Barmherzigkeit (wie Anm. 48), 277–292.

50 Karl ROHE/Wolfgang JÄGER/Uwe DOROW, Politische Gesellschaft und politische Kultur, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, hg. v. Wolfgang KÖLLMANN/Hermann KORTE/Dietmar PETZINA/Wolfhard WEBER, Düsseldorf 1990, 447f.